

Genf und London

Die Zollkonferenz

SPD Genf, 3. März.

Die Kommission für die Ausarbeitung eines Programms wirtschaftlicher Zusammenarbeit nahm am Montag in öffentlicher Sitzung die noch ausstehenden Berichte ihrer Unterausschüsse entgegen. Es zeigte sich wiederholt, daß nur durch Formulierungen, die gegenwärtige Anschauungen unentworfener Nebenleistungen, eine Genehmigung der Rechte zu erreichen ist. Das gilt z. B. für die Meistbegünstigungsklausel, in der die Anhänger und Gegner einer beschränkten Meistbegünstigungsklausel ihren Standpunkt aufrecht erhielten.

Das Hauptinteresse sammelt sich zur Zeit jedoch um die vertikalischen Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden der Konferenz, den anwesenden Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes und den Wirtschaftsbeamten des Sekretariats über ein Erfahrungsprogramm. Die Pläne kristallisierten sich dahin, daß man die sogenannten Freihandelsstaaten nur dazu verpflichten will, ihre Freihandelspolitik nicht ohne weiteres aufzugeben, während die Staaten, deren Handelsverträge in der Hauptsache gebundene Zollsätze enthalten, ein gegenseitiges Übereinkommen abzuschließen sollen, die Bindungen für eine bestimmte Zeit aufrechtzuerhalten und die nichtgebundenen Zölle erst nach gegenseitigen Verhandlungen zu erhöhen. Der von Serrus (Frankreich) am Sonnabend herangezogene Abkommensentwurf Belgiens, Oesterreichs usw. verhandelt langsam wieder im Hintergrund. Andererseits macht sich gegen die Zweiteilung der Staaten schon jetzt Widerspruch bemerkbar.

Abrüstungsfrage der Arbeiter-Internationale

SPD Der Vorstand der Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden am 4. März in einer gemeinsamen Sitzung zu der Londoner Flottenkonferenz, dem Abrüstungsproblem und der Genfer Vorbereitenden Abrüstungskonferenz Stellung nehmen. Die Konferenz, die anfanglich in Berlin stattfinden sollte, tagt in Paris. Ihre Einberufung erfolgte auf Anregung der holländischen Sozialdemokratie.

Der Krisenherd im Reiche

Notopfer und Deutsche Volkspartei

SPD Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montagmorgen zu einer Sitzung zusammen, an der sämtliche der Fraktion angehörende Minister teilnahmen, und in der über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Fragen Bericht erstattet wurde. Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, doch herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Verabschiedung der Youngsche nicht durch innerpolitische Streitigkeiten verzögert werden darf, und daß für die schwebenden Finanzfragen eine Lösung gefunden werden muß, die sowohl die Aufrechterhaltung der sozialen Institutionen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, in dem bisherigen Umfang gewährleistet, als auch dem Gedanken eines Opfers der Befähigung für die Sanierung der Finanzen Rechnung trägt.

Das Reichskabinett hat am Montag nur eine Stunde getagt, um Jodanis seine Verhandlungen auf den Dienstag zu verlagern. Es kann jedoch jetzt schon gesagt werden, daß aller Voraussicht nach auch der Dienstag noch keine Entscheidung bringen wird. Diese dürfte vielmehr erst für den Mittwoch zu erwarten sein. Schon daraus ergibt sich, daß sich alle Teile des Kabinetts des ungeheuren Ernstes der Situation bewußt sind, und daß ein Beschluß, der auf einen Zusammenbruch der bisherigen Regierungspolitik hinausläuft, nicht leichtes Herzens gefaßt werden dürfte. Das Kabinett steht noch immer vor der doppelten Schwierigkeit, daß einmal die Deutsche Volkspartei sich weigert, in der Frage der Steuerpolitik mit Sozialdemokratie und Zentrum auf eine gemeinsame Plattform zu treten, und daß zum anderen das Zentrum darauf besteht, eine Verabschiedung der Youngsche nicht zuzulassen, solange die Steuerfragen nicht bereinigt sind.

In der volksparteilichen Presse herrscht große Aufregung über das Eingreifen des Reichspräsidenten. Die Dinge werden so dargestellt, als ob der Reichspräsident irgenwelchen Einflüsterungen des Zentrums oder der Sozialdemokratie erlegen und als Werkzeug irgenwelcher parteipolitischer Pläne gebraucht worden wäre. Diese Auffassung ist jedoch vollkommen irrig.

Die Sitzung des Reichskabinetts

MIB Berlin, 3. März.

Heute vormittag wurde in einer Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Reichkanzlers über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushaltplan 1930 beraten.

Die Verhandlungen über die Steuergesetze und Steuerentlastungsmassnahmen für 1931 und die damit zusammenhängenden Fragen werden morgen fortgesetzt.

SPD Berlin, 4. März.

Die für heute vorgesehene Sitzung des Reichskabinetts beginnt um 16 Uhr. In der Zwischenzeit wird der Reichsfinanzminister über die Gestaltung der Einnahmenseite des Etats noch zahlreiche Einzelbesprechungen mit seinen Parteifreunden, bzw. maßgebenden Persönlichkeiten der anderen Fraktionen führen.

Die Berliner Morgenpresse ist in der Beurteilung der parlamentarischen Situation heute äußerst zurückhaltend. Die der Volkspartei nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung betont nochmals: „Nach dem eindeutigen Beschluß der Deutschen Volkspartei, die gar nicht in der Lage ist, davon wieder abzuweichen, ist eine Verständigung nur auf der Basis möglich, daß jede Erhöhung der direkten Steuern vermieden wird.“

Das Frauenwahlrecht in Englisch-Südafrika

SPD Kapstadt, 3. März.

Der südafrikanische Ministerpräsident Herzog unterbreitete dem Parlament am Montag den angekündigten Gesetzentwurf über die Erweiterung des Frauenwahlrechts auf die erste Lesung. Der Gesetzentwurf bezieht das Frauenwahlrecht auf sämtliche Frauen europäischer Abstammung im Alter von über 21 Jahren aus. Die Frage des Frauenwahlrechts beschäftigte damit das südafrikanische Parlament zum 19. Male. In politischen Kreisen wird die Auffassung ausgesprochen, daß der reaktionäre Senat die Gesetzgebung verwerfen wird.

die Waffen auf ein weit verzweigtes Gebiet der Stadt verteilt. Von einigem Interesse dürfte sein,

wer nun die Inhaber der Grundstücke bzw. der Wohnungen sind, in denen die gestohlenen Waffen gefunden worden sind.

In dem Hause Friedrich-Ebert-Straße 37 befindet sich, wie schon gesagt, eine Bibliothek der Kommunistischen Partei. Daß die Bücher der Bibliothek nicht gelesen werden, wagen wir bei den großen „geistigen Interessen“, die bei allen Mitgliedern der KPD selbstverständlich sind, nicht zu behaupten.

Darum dürften im Hause der Friedrich-Ebert-Straße 37 Kommunisten des Ästern ein- und ausgegangen sein.

Der Untermieter in der Wohnung in der Klara-Wied-Straße, bei dem die Waffen gefunden wurden, ist, wie uns aus Schönefeld berichtet wird, nicht mehr auffindbar. Er hat entweder die Flucht ergriffen, oder aber er lebt irgendwo illegal.

Man teilt uns mit, daß der Inhaber dieser Wohnung ein führender Funktionär der Kommunistischen Partei, daß er Kassierer gewesen sei.

Hat sich dieser Mann durch Lockpfeil betören lassen? Warum ist er so schnell verschwunden, wenn er von dem Inhalt der berühmten Holzlisten, die auf so sonderbare Art ausgesprochen in seine Wohnung gekommen sind, keinerlei Kenntnis gehabt haben will?

Auf dem Althener Gartengrundstück, wo nach den Mitteilungen des kommunistischen Flugblattes sechs Maschinengewehre und 30 Gewehre beschlagnahmt worden sind, domiziliert, wie uns aus Althene berichtet wird,

ein Mitglied der Kommunistischen Partei.

Die Inhaber der Gärten des Vereins Heideröschchen wissen zur Zeit nicht anzugeben, wie diese Waffen hinter das Gelände des Gartenvereins gekommen sind. Man wird also weitere Aufklärungen abwarten müssen. Soviel aber steht heute positiv fest, daß die Waffen in der Klara-Wied-Straße und in Althene bei eingeschriebenen führenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei gefunden worden sind. Daß sich die angeblichen „Lockpfeil“ ausgesprochen kommunistische Wohnstätten ausgesucht hätten, um die gestohlenen Waffen unterzubringen, wäre schließlich denkbar. Die Geschichte der Lockpfeil hat mancherlei wunderliche Taten zu verzeichnen. Daß aber Kommunisten im Angesicht der heutigen Situation so gänzlich unbedacht Holzlisten bei sich niederlegen lassen und nicht einmal wissen, was darin ist, dies wäre eine so habnehübene Dummheit, daß sie selbst den letzten Kommunisten nicht zutrauen ist. Bemerkenswert bleibt dabei noch obendrein, daß die Verteilung der Beute so glänzend funktioniert. Sie dürfte ohne gewisse Vorarbeit leitender Stellen nicht möglich gewesen sein.

Die Waffen sind gestohlen worden, wenige Tage, bevor das 3K zum entscheidenden großen Schlage aufgerufen hat, um zu beweisen, daß die, nach dem Programm der Komintern vorgeschriebene, „aktiv revolutionäre Situation“ tatsächlich vorhanden ist. Man soll sich nicht dümmer stellen, als man ist. Man lese die Analysen, die nach der Mai-Offensive in der kommunistischen Literatur zu finden sind, von den Barrikadenbauten und anderem mehr.

Die Sächsischen Arbeiter-Zeitung bemerkt, daß man durch dieses „niederträchtige Lockpfeilmanöver bezahlter Provokateure... das Verbot der Kommunistischen Partei zu erreichen“ sucht. Die Kommunistische Partei fordert fast diktatorisch das Verbot durch den Innenminister. Dieser aber hat sich bisher erfreulicherweise konsequent geweigert, den Wünschen des 3K zu entsprechen. Die Kommunistische Partei geht an sich selbst zugrunde, so daß jeder gewaltsame Eingriff der Kommunistischen Partei nur förderlich wäre. Wenn auch das Geschrei, das die kommunistische Presse seit Wochen erhebt, noch so blutdürstig wirkt, sie wird mit ihrer revolutionären Aktion ein Fiasko erleben, das auch ohne Verbot erreicht werden kann. Die Kommunisten wünschen das Verbot. Jetzt schreiben sie von einem Lockpfeilatentat. Der Reichsinnenminister will nicht verbieten. Was soll dann die Lockpfeilei? Die Kommunistische Partei hat sich so hoffnungslos verrannt, daß ihr ein Ausweg fast nicht mehr übrig bleibt.

Die Waffendiebstähle stehen in enger Beziehung zu den Plänen Heinz Neumanns, der den Ehrgeiz hat, seine Feindtaten von Kanton in Deutschland zu wiederholen. Eine andere Frage freilich ergibt sich mit dem Waffendiebstahl. Wie ist es möglich, daß Waffen in derartigem Umfang der Reichswehr gestohlen werden können, ohne daß der Diebstahl bemerkt worden ist? Diese Tatsache läßt Duhende von Schlüssen zu. Der Wiederbeschaffung der Waffen hat die Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gebracht. Es scheint uns, als wenn die berufenen Stellen, insbesondere der Reichstag, die Aufgabe hätten, dem Waffenlager der Leipziger Reichswehr etwas größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Was auch das endgültige Ergebnis der Untersuchungen sein mag, soviel steht jedenfalls heute bereits unbestritten fest, daß irgenwelche im Dunkeln arbeitende Drahtzieher eine Aktion eingeleitet haben, die einigen Arbeitern schwer zu stehen kommen wird. Hunderte von Proletariern haben die Revolutionspielereien der KPD stets mit langjähriger Gefängnis- und Zuchthausstrafen bezahlen müssen.

Stalins Rache an Katowski

SPD Der linkskommunistische Volkswille meldet: „Katowski (der frühere russische Botschafter in Paris), ist mit seiner kranken Frau gezwungen, unter den schlechtesten Bedingungen in Barnaul den sibirischen Winter bei einer Kälte von 40 bis 50 Grad zu verbringen. Katowski ist vom Sumpffieber ergriffen und hat ein schweres Herzleiden. Die Ärzte haben deshalb verordnet, daß er unbedingt Hilfe im Kaukasus suchen muß. Das Moskauer Polit-Büro verfügt aber diese Hilfe. Ja, man hat seine Haft in Sibirien noch verschärft, indem man ihm die Möglichkeit genommen hat, politisch zu arbeiten.“

Das kommunistische Oppositionsblatt versteht diese Meldung mit der Überschrift „Stalins Rache an Katowski“.

Weitere ungültige Sejmmandate. Der Oberste Gerichtshof erklärte fünf Sejmmandate im Wahlkreis Gneien für ungültig. Betroffen werden Mandate folgender Parteien: Bauernpartei Pflast, Christliche Demokraten, Nationaldemokraten, Nationale Arbeiterpartei und Deutsche

Die vier nordischen Staaten hielten am Montag eine Sitzung unter sich ab, in der sie beschloßen, gegen die geplante Zweiteilung, falls sie endgültige Form annimmt, Widerspruch zu erheben.

Die Seemächtekonferenz

Japanisch-amerikanische Einigung?

MIB London, 3. März.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Herald meldet. Es ist so gut wie sicher, daß die japanische Regierung die Vorschläge, die jetzt von der amerikanischen Delegation unterbreitet worden sind, im wesentlichen annehmen wird. Ob sie sich in den Rahmen eines allgemeinen Abkommens einfügen lassen werden, kann erst nach Rücksprache der Franzosen zur Konferenz festgestellt werden. Die Japaner hatten ursprünglich 70 Prozent Kreuzertonnage, das sind 228 000 Tonnen verlangt, Washington hatte 60 Prozent, das heißt 198 200 Tonnen vorgeschlagen. Der neue amerikanische Vorschlag würde, wie verlautet, den Japanern eine Tonnage von 208 200 Tonnen zu billigen. Bezüglich der Zerstörer hatten sich keine ersten Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Bei der Divergenz wegen der Flugzeugmutterlücke handelt es sich nur um ein Fahrzeug. Ernste Unterschiede in der beiderseitigen Auffassung bestehen wegen der Unterseeboote. Nach amerikanischer Auffassung sollen Großbritannien und Amerika je 60 000 Tonnen Unterseeboote haben, auf Grund der Washingtoner Verhältnisse würde Japan dann nur 30 000 Tonnen erhalten. Japan will aber unter allen Umständen seine letzte Tonnage von 77 900 beibehalten. Stimson und Bakuloff hoffen aber, bis zur Rückgabe der Franzosen eine Vereinbarung zu erreichen, der Großbritannien, Frankreich und Italien zustimmen können.

SPD Paris, 4. März.

Ministerpräsident Lardieu und Außenminister Briand haben am Montag mehrere längere Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter in Paris und dem italienischen Delegierten auf der Londoner Flottenkonferenz, Magill, geführt. Die neue Regierung bereitet sich also mit Nachdruck darauf vor, wieder auf der Bildfläche der Londoner Konferenz zu erscheinen. Briand und die übrigen Mitglieder der französischen Delegation werden am Donnerstag nach London abreisen. Lardieu will vorläufig nur für zwei Tage Paris verlassen, und zwar erst am Sonnabend nachmittags, um das Wochenende zusammen mit Macdonald in Chaquers zu verbringen.

Klippen der Koalition

Regierungskrise in der Tschechoslowakei?

SPD Prag, 3. März.

Die erst vor wenigen Wochen unter Teilnahme der Sozialisten gebildete tschechische Regierung droht von einer Krise erfasst zu werden und wäre wahrscheinlich schon davon erfasst worden, wenn nicht der 80. Geburtstag des Staatspräsidenten Masaryk bevorstehen würde.

Die Agrarier fordern die Durchführung ihrer sozialpolitischen Pläne, während die Sozialisten, die Vertreter des Handels und der Industrie sich dagegen entschieden wehren. Die Agrarier wünschen ähnlich wie früher die Bewirkung eines Getreidemonopols. Der Ankauf von Getreide im Ausland soll zwar frei sein, jede eingeführte Menge soll jedoch eine Kontrollstelle passieren. Die Möglichkeit, daß die Agrarier mit ihren Forderungen ein Fiasko erleben, ist durchaus gegeben. Damit wäre der Bestand des Kabinetts, vielleicht auch der des Parlaments, gefährdet. Es kommt hinzu, daß weite bürgerliche Kreise eine Krise geradezu herbeisehnen, um nach Möglichkeit die alte bürgerliche Regierungskoalition auferstehen zu lassen.

Die tschechischen und deutschen Agrarier haben inzwischen im Parlament einen gemeinsamen Arbeitsausschuss gebildet. Diese Maßnahme wird als erster Schritt zur Verschmelzung der beiden agrarischen Parteien betrachtet. Die Agrarier führen als Grund ihrer Verständigung die Notwendigkeit einer gemeinsamen Lösung der Agrarkrise an. In Wirklichkeit dürften sie jedoch bestrebt sein, gegen den sozialistischen Block ein Gegengewicht zu schaffen.

Dunkel um einen politischen Mord

SPD Paris, 3. März.

Ein Mord mit höchst sonderbaren und anscheinend politischen Hintergründen wurde in einem Pariser Vorstadthotel entdeckt. Das Opfer ist ein jugoslawischer Journalist namens Joseph Werner, der das Hotelzimmer erst am 1. Februar gemietet hatte.

Werner sprach kein Wort französisch und mußte sich beim Vermieten des Zimmers eines Dolmetschers bedienen. Er war sehr gut gekleidet, besaß aber kein Gepäck, nicht einmal ein Hemd zum Wechseln, was die Vermutung nahelegte, daß er noch eine zweite Wohnung besessen hat und sich in dem Hotelzimmer lediglich verkleben wollte. Diese Annahme wurde verifiziert, als die Mordkommission ermitteln konnte, daß der Ermordete sich im Besitz eines offenbar gefälschten Passes auf den Namen Ali Kalbe Ismael befand und er beim Wohnungsmeldeamt eine falsche Adresse angegeben hatte.

Der Nachbar Werners berichtet, daß in den frühen Morgenstunden des Sonntag an die Tür Werners heftig geklopft wurde und in dem Augenblick, als dieser die Tür öffnete, sechs Schüsse rasch hintereinander fielen, ohne daß vorher zwischen dem Mörder und seinem Opfer auch nur ein Wort gewechselt worden war. Die Pförtnerin sah den Mörder zwar fliehen, konnte aber kein Signalement über ihn geben. Dagegen wollen ihn Passanten in Begleitung eines jungen Mannes gesehen haben.

Grüner ausgeschlossen

MIB Berlin, 4. März.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands teilt mit: Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in seiner Sitzung vom 4. März einstimmig beschlossen, den Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, Grüner, aus der Partei auszuschließen. Er erklärt, daß die Behauptung Grüners, er habe vom Parteivorstand für sein Vorgehen gegen den Minister Geysenitz freie Hand erhalten, auf Unwahrheit beruhe.

Litauisches Waffenslager in Lettland. Wie aus Libau gemeldet wird, ist es dort der Polizei gelungen, ein geheimes Waffenslager litauischer Emigranten zu entdecken. Es konnten Sprengstoffvorräte und Revolver beschlagnahmt werden. Es soll sich herausgestellt haben, daß von Polen aus die litauischen Leute den Versuch machten, Waffen nach Litauen einzuschmuggeln.